

# Gesetz- und Verordnungsblatt



Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin  
Herausgeber: Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

75. Jahrgang Nr. 33

Berlin, den 30. November 2019

03227

25.11.2019	<b>Gesetz zur Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in Berliner Landesrecht</b> . . . . .	742
	630-1; 630-15; 630-13	
5.11.2019	Gebührenverordnung des Landesarchivs Berlin (LArchGebV) . . . . .	745
	2013-1-25	
19.11.2019	Verordnung über die angemessene Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) und der Berliner Wasserbetriebe (BWB) für das Jahr 2020 . . . . .	748
	27-1-23	
21.11.2019	Bekanntmachung über die Anpassung von Leistungen an Abgeordnete nach dem Landesabgeordnetengesetz . . . . .	749
	1101-3	
26.11.2019	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Hochschulzulassung vom 21./27. März 2019 und vom 4. April 2019 . . . . .	750
	221-30-a	

## Gesetz

### zur Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in Berliner Landesrecht

Vom 25. November 2019

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### Artikel 1

##### Änderung der Landeshaushaltsordnung

§ 18 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Januar 2009 (GVBl. S. 31, 486), die zuletzt durch Gesetz vom 10. Dezember 2018 (GVBl. S. 676) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

##### „§ 18

##### Kreditermächtigungen

(1) Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie als Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Landes entziehen und die Finanzlage des Landes erheblich beeinträchtigen, ist eine Kreditaufnahme zulässig. Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen.

(2) Das Haushaltsgesetz bestimmt, bis zu welcher Höhe die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung Kredite aufnehmen darf

1. zur Deckung von Defiziten, die aus einer negativ von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung resultieren,
2. zur Bewältigung von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Landes entziehen und die Finanzlage des Landes trotz der Inanspruchnahme der dafür vorgesehenen Rücklagen erheblich beeinträchtigen,
3. zur Aufrechterhaltung einer ordnungsmäßigen Kassenwirtschaft (Kassenverstärkungskredite). Soweit diese Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden. Kassenverstärkungskredite dürfen nicht später als sechs Monate nach Ablauf des Haushaltsjahres, für das sie aufgenommen worden sind, fällig werden.

(3) Die Ermächtigungen nach Absatz 2 Nummer 1 gelten bis zum Ende des nächsten Haushaltsjahres. Die Ermächtigungen nach Absatz 2 Nummer 3 gelten bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres und, wenn das Haushaltsgesetz für das nächste Haushaltsjahr nicht rechtzeitig vor Beginn des Haushaltsjahres verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Haushaltsgesetzes.“

#### Artikel 2

##### Gesetz zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse (BerlSchuldenbremseG)

##### § 1

##### Grundsatz

(1) Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.

(2) Absatz 1 gilt im Regelfall als erfüllt, wenn die gemäß § 3 dieses Gesetzes definierte strukturelle Nettokreditaufnahme des Landes Berlin einen Wert von Null nicht übersteigt.

(3) Kassenverstärkungskredite, die nur der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft dienen und zu deren Auf-

nahme der Senat durch das Haushaltsgesetz ermächtigt wurde, fallen nicht unter den Geltungsbereich von Absatz 1.

##### § 2

##### Ausnahmesituationen

(1) Abweichend von § 1 ist eine Nettokreditaufnahme zulässig im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Landes entziehen und zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Finanzlage des Landes führen.

(2) Die Feststellung, dass die Voraussetzungen gemäß Absatz 1 erfüllt sind, trifft das Abgeordnetenhaus mit einfacher Mehrheit.

(3) Eine Kreditaufnahme gemäß Absatz 1 ist mit einem Tilgungsplan zu verbinden. Die aufgenommenen Kredite sind dabei in einem angemessenen Zeitraum zurückzuzahlen. Der Zeitraum ist unter Berücksichtigung des Charakters der Ausnahmesituation, der Höhe der Kreditaufnahmen und der konjunkturellen Situation zu bestimmen. Die Tilgungen sind in den Haushaltsplänen zu veranschlagen.

##### § 3

##### Definition strukturelle Nettokreditaufnahme

(1) Ausgangspunkt der Berechnung der strukturellen Nettokreditaufnahme ist der Finanzierungssaldo des Kernhaushalts des Landes Berlin, berechnet als Differenz zwischen den bereinigten Einnahmen und den bereinigten Ausgaben des Landes. Zuführungen an die Versorgungsrücklage des Landes Berlin gelten dabei nicht als bereinigte Ausgabe, Entnahmen aus der Versorgungsrücklage des Landes Berlin nicht als bereinigte Einnahme.

(2) Von dem nach Absatz 1 errechneten Betrag sind Zuführungen an Rücklagen zu subtrahieren; Entnahmen aus Rücklagen sind zu addieren. Zuführungen zu und Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage werden dabei nicht berücksichtigt.

(3) Die Kreditermächtigung für Extrahaushalte erfolgt durch Beschluss des Abgeordnetenhauses, soweit keine gesonderte gesetzliche Ermächtigung erforderlich ist. Im Beschluss des Abgeordnetenhauses sind Regeln zur Refinanzierung vorzusehen. Werden Private in die Finanzierung öffentlicher Aufgaben in Form von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften einbezogen, sind – auch wenn Private nur eine Minderheitenposition in einer Zweckgesellschaft oder Ähnlichem einnehmen – die daraus resultierenden Verbindlichkeiten in vollem Umfang zu den sich nach Absatz 2 ergebenden Nettokreditaufnahmen hinzuzurechnen.

(4) Zu dem nach Absatz 3 errechneten Betrag ist der Saldo der finanziellen Transaktionen des Kernhaushalts zu addieren. Finanzielle Transaktionen des Kernhaushalts sind einnahmeseitig die Veräußerung von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen, die Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich sowie Darlehensrückflüsse, ausgabeseitig der Erwerb von Beteiligungen und Kapitalzuführungen, Tilgungen an den öffentlichen Bereich und die Darlehensvergabe, solange und soweit nicht auf ihre Rückzahlung verzichtet wird. Der Verzicht auf die Rückzahlung von Darlehen ist bei der Ermittlung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 1 wie eine Einnahme aus Darlehensrückflüssen zu behandeln.

(5) Zu dem nach Absatz 4 errechneten Betrag ist eine Konjunktursituation gemäß § 5 zu addieren. Diese ist negativ im Fall einer negativ von der konjunkturellen Normallage abweichenden Konjunktursituation; sie ist positiv im Fall einer positiv von der konjunkturellen Normallage abweichenden Konjunktursituation.

(6) Das Nähere regeln Ausführungsvorschriften, die der Senat auf Vorschlag der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung erlässt.

#### § 4

##### Konjunkturbedingte Kreditaufnahmen; Tilgungsverpflichtung

(1) Wird für das Haushaltsjahr eine von der Normallage negativ abweichende wirtschaftliche Entwicklung erwartet, ist eine Kreditaufnahme maximal in Höhe der erwarteten Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt zulässig, soweit diese Mindereinnahmen nicht durch das verfügbare Volumen der Konjunkturausgleichsrücklage kompensiert werden können. Ist mit einer positiven Abweichung von der wirtschaftlichen Normallage zu rechnen, sind konjunkturbedingte Überschüsse in Höhe der erwarteten Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt zu planen und zu bilden.

(2) Eine konjunkturbedingte Kreditaufnahme ist im Haushaltsgesetz zu regeln; die Tilgung solcher Kreditaufnahmen ist unter Berücksichtigung des grundgesetzlichen Symmetriegebots vorzusehen. Eine etwaige Kreditermächtigung gilt bis zum Ende des nächsten Haushaltsjahres und, wenn das Haushaltsgesetz für das zweitnächste Haushaltsjahr nicht rechtzeitig verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Haushaltsgesetzes.

(3) Für das zweite Jahr eines Doppelhaushalts wird die Konjunkturkomponente auf der Basis der Daten der im Vorjahr des betreffenden Haushaltsjahres veröffentlichten Herbstprojektion der Bundesregierung festgelegt. Eine etwaig daraus resultierende höhere Kreditaufnahme als bis dahin vorgesehen bedarf der Zustimmung des Abgeordnetenhauses. Eine etwaig daraus resultierende höhere Tilgungsverpflichtung als bis dahin vorgesehen ist durch Maßnahmen der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung im Haushaltsvollzug sicherzustellen.

#### § 5

##### Konjunkturkomponente

(1) Zur Feststellung der Auswirkungen einer Abweichung von der konjunkturellen Normallage auf den Haushalt ermittelt die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung eine Konjunkturkomponente.

(2) Die für den Haushalt zu veranschlagende Konjunkturkomponente (ex ante Konjunkturkomponente) entspricht dem Berlin zuzurechnenden anteiligen Betrag des auf die Länder entfallenden Anteils der mit der Budgetsemielastizität multiplizierten Produktionslücke für Deutschland, die sich aus der aktuellen Projektion der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts sowie den Vorgaben der Europäischen Union ergibt.

(3) Nach Abschluss des Haushaltsjahres wird durch die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung die für die Bewertung der Einhaltung der zulässigen Kreditaufnahme im Haushaltsvollzug maßgebliche ex post Konjunkturkomponente berechnet. Dazu wird zu der zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts ermittelten ex ante Konjunkturkomponente die anteilig auf Berlin zuzurechnende, mit der Budgetsemielastizität multiplizierte Differenz zwischen der tatsächlichen und der zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts prognostizierten Veränderung des nominalen bundesweiten Bruttoinlandsprodukts addiert.

#### § 6

##### Überschüsse, Konjunkturausgleichsrücklage

(1) Die mit einer positiven ex ante Konjunkturkomponente verbundenen Überschüsse sind im Haushalt zur Tilgung ausstehender konjunkturbedingter Kredite, die nach Beginn des Jahres 2020 aufgenommen wurden, vorzusehen und, sofern sie sich im Haushaltsvollzug realisieren, entsprechend einzusetzen.

(2) Tatsächliche Haushaltsüberschüsse, die die Tilgungsverpflichtung nach Absatz 1 übersteigen, sind für die Tilgung von Altschulden, für die Dotierung der Konjunkturausgleichsrücklage oder anderer Rücklagen sowie für die Zuführung zum Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt zu verwenden. Die Entscheidung

über die Verwendung trifft der Hauptausschuss auf Vorschlag des Senats.

(3) Es wird eine Konjunkturausgleichsrücklage errichtet. Diese hat ein Zielvolumen von mindestens 1 Prozent der kumulierten bereinigten Einnahmen der vergangenen fünf Jahre.

(4) Mittel aus der Konjunkturausgleichsrücklage dürfen nur zum Ausgleich des Haushalts im Fall einer negativen Konjunkturkomponente oder zum Ausgleich von Defiziten, die durch die in § 2 Absatz 1 genannten Sachverhalte entstanden sind, entnommen werden, sofern der Ausgleich des Haushalts anderweitig nicht erreicht werden kann.

#### § 7

##### Kontrollkonto

(1) Ergeben sich auf Grund der Wirkung der tatsächlichen konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt Abweichungen zwischen der zulässigen und der tatsächlichen Nettokreditaufnahme, sind diese auf einem Kontrollkonto festzuhalten. Soweit von der Ausnahmeregel nach § 2 Gebrauch gemacht wurde, ist der zu verbuchende Betrag um die auf Grund dieser Ausnahme erfolgte tatsächliche Nettokreditaufnahme zu bereinigen.

(2) Der auf dem Kontrollkonto zu verbuchende Betrag wird jährlich in vorläufiger Rechnung zum 30. April und endgültig zum 1. September des dem Haushaltsjahr folgenden Jahres festgestellt.

(3) Weist das Kontrollkonto einen negativen Saldo aus, weil die tatsächliche die zulässige Kreditaufnahme überstieg, ist auf einen Ausgleich in angemessener Frist hinzuwirken. Der negative Saldo soll einen Wert von 2 Prozent des durchschnittlichen Volumens der bereinigten Einnahmen in den dem Haushalt vorangehenden zwei Haushaltsjahren grundsätzlich nicht überschreiten.

#### § 8

##### Nachtragshaushaltsgesetze

(1) Bei Nachträgen zum Haushaltsgesetz kann die nach § 4 Absatz 1 Satz 1 ermittelte zulässige Kreditaufnahme maximal um den Betrag erhöht werden, der sich bei der Ermittlung der Konjunkturkomponente aus der Differenz der zuvor zugrunde gelegten erwarteten Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt und der aktuell erwarteten Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt ergibt. Die Regelungen des § 7 bleiben unberührt.

(2) Für Nachtragshaushalte, die nur die Verwendung struktureller Mehreinnahmen oder Minderausgaben regeln und keine strukturelle Nettokreditaufnahme vorsehen, gilt Absatz 1 nicht.

### Artikel 3

#### Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Errichtung eines Nachhaltigkeitsfonds

Das Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Errichtung eines Nachhaltigkeitsfonds vom 17. Dezember 2014 (GVBl. S. 521), das durch Gesetz vom 6. Februar 2017 (GVBl. S. 215) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:  
„Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA ErrichtungsG)“
2. § 1 wird wie folgt gefasst:

#### „§ 1

##### Errichtung

Das Land Berlin errichtet unter dem Namen „Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)“ ein Sondervermögen.“

3. § 2 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Der im Sondervermögen befindliche Nachhaltigkeitsfonds wird in die Konjunkturausgleichsrücklage überführt, die

gemäß § 6 des Gesetzes zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse vom 25. November 2019 (GVBl. S. 742) errichtet wird.“

4. § 4 wird wie folgt gefasst:

„§ 4

Finanzierung

(1) Aus einem vorläufigen Haushaltsüberschuss kann der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses auf Vorschlag des Senats Mittel an das SIWA zuweisen, sofern die gemäß § 6 des Gesetzes zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse vom 25. November 2019 (GVBl. S. 742) erforderlichen Tilgungen konjunkturbedingter Kredite erfolgt sind.

(2) Eine Finanzierung der Zuführung an das Sondervermögen durch Einnahmen aus Kreditmarktmitteln ist nicht zulässig.“

5. § 4a wird wie folgt geändert:

- a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
- b) Absatz 2 wird aufgehoben.

#### **Artikel 4 Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Berlin, den 25. November 2019

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin  
Ralf W i e l a n d

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister  
Michael M ü l l e r

## Gebührenverordnung des Landesarchivs Berlin (LArchGebV)

Vom 5. November 2019

Auf Grund des § 6 Absatz 1 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge vom 22. Mai 1957 (GVBl. S. 516), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juni 2019 (GVBl. S. 284) geändert worden ist, verordnet der Senat:

### § 1

#### Anwendungsbereich

Das Landesarchiv Berlin erhebt für die Benutzung von Archivgut, die Erteilung von Nutzungsrechten und sonstige von ihm erbrachte Leistungen Gebühren und Auslagen.

### § 2

#### Gebühren und Auslagen

(1) Gebühren und Auslagen werden nach dieser Verordnung und dem anliegenden Gebühren- und Auslagenverzeichnis erhoben. Hiervon ausgenommen sind Kopien für erstmalige Auskünfte an betroffene Personen über personenbezogene Daten, wenn diese verarbeitet werden.

(2) Auslagen, insbesondere Porto- und Reproduktionskosten, sind neben den Gebühren zu entrichten, soweit im Gebühren- und Auslagenverzeichnis nichts anderes bestimmt ist. Auslagen werden auch erhoben, wenn für die Gebühren eine Befreiung besteht.

(3) Gebühren und Auslagen, die für eine Leistung oder mehrere zusammenhängende Leistungen weniger als 5,00 Euro betragen, werden nur erhoben, wenn die Kosten der Einziehung geringer sind als die zu erhebende Gebühr einschließlich Auslagen.

(4) Von der Anforderung von Beträgen von weniger als 5,00 Euro soll abgesehen werden. Dies gilt nicht, wenn bekannt ist, dass sie zusammen mit anderen Beträgen angefordert werden können oder Aufrechnung oder Zurückbehaltung möglich ist. Ist der Anspruchsgegner eine juristische Person des öffentlichen Rechts, tritt unter der Voraussetzung, dass Gegenseitigkeit besteht, an die Stelle des Betrages von 5,00 Euro der Betrag von 36,00 Euro. Gegenseitigkeit liegt stets vor, wenn sich die Ansprüche gegen den Bund oder ein Bundesland richten.

### § 3

#### Begriffsbestimmung

Archivguteinheit im Sinne dieser Verordnung ist jeder einzelne Band und jedes physische oder unkörperliche Werk.

### § 4

#### Befreiung von Gebühren

(1) Die Gebühren nach Tarifstelle 1.1 und 2.1 bis 2.5.2 der Anlage werden nicht erhoben, wenn die Benutzung wissenschaftlichen,

heimatkundlichen oder Unterrichtszwecken dient und nicht in überwiegend privatem oder gewerblichem Interesse liegt oder zur Klärung versorgungsrechtlicher Angelegenheiten erfolgt. Für die Gebühr nach Tarifstelle 3.1 der Anlage gilt dies nur, wenn der Ermittlungsaufwand den Zeitraum von zwei Stunden nicht überschreitet. Gebühren werden mit Ausnahme der Tarifstelle 3.2 der Anlage ferner nicht erhoben gegenüber

1. Minderjährigen sowie Schülerinnen und Schülern über 18 Jahre (Nachweis mit Schülerausweis I),
2. Studierenden, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden sowie
3. Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld und von staatlichen Transferleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Grundsicherung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz, besondere Zuwendung für Haftopfer nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes, Ausgleichsleistungen nach § 8 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes, Ausgleichsrente für Schwerbeschädigte oder Berufsschadensausgleich nach § 21 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes, § 4 des Häftlingshilfegesetzes und § 3 des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes in Verbindung mit § 32 oder § 30 des Bundesversorgungsgesetzes) sowie Empfängerinnen und Empfängern von Ausgleichsrenten nach § 13 Absatz 1 des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus mit berlinpass oder mit Leistungsbescheid für ein Jahr.

(2) Gebühren werden nicht erhoben für mündliche oder einfache schriftliche Auskünfte.

(3) Eine Gebührenbefreiung wird jeder Benutzerin und jedem Benutzer in einem Kalenderjahr nur einmal pro Benutzungszweck gewährt.

### § 5

#### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 5. November 2019

Der Senat von Berlin

Michael Müller	Dr. Klaus Lederer
Regierender Bürgermeister	Senator für Kultur und Europa

## Anlage (zu § 2 Absatz 1 Satz 1)

## Gebühren- und Auslagenverzeichnis

Tarifstelle	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag in Euro
<b>I. BENUTZUNGSGEBÜHREN</b>		
1.1	Benutzung von Archivgut einschließlich analoger und digitaler Mikroformen und Bibliotheksgut pro Anfrage	30,00
<b>II. GEBÜHREN FÜR DIE ERTEILUNG VON NUTZUNGSRECHTEN</b>		
2.1	Einmalige Öffentliche Wiedergabe von Reproduktionen pro Archivguteinheit, soweit nicht Tarifstelle 2.2 oder 2.3	50,00
2.2	Einmalige Öffentliche Wiedergabe von Filmreproduktionen pro angefangene Sekunde	25,00
2.3	Einmalige Öffentliche Wiedergabe von Tonreproduktionen pro angefangene Minute	25,00
2.4	Öffentliche Wiedergabe in Ausstellungen, Aufführungen und Vorführungen:	
2.4.1	Archivgut oder Reproduktion pro Stück, soweit nicht Tarifstelle 2.4.2 oder 2.4.3	15,00
2.4.2	Filmarchivgut pro angefangene Sekunde	2,50
2.4.3	Tonarchivgut pro angefangene Minute	2,50
2.5.1	Für kommerzielle, freiberufliche, gewerbliche und publizistische Zwecke wird ein Aufschlag von 200 % für die Gewährung von einzelnen Nutzungsrechten nach Tarifstelle 2.1 und 2.4.1 erhoben.	maximaler Einzelbetrag von jeweils 45,00 oder 150,00
2.5.2	Für kommerzielle, freiberufliche, gewerbliche und publizistische Zwecke wird ein Aufschlag von 200 % für die Gewährung von einzelnen Nutzungsrechten nach Tarifstelle 2.2, 2.3, 2.4.2 und 2.4.3 erhoben.	maximaler Einzelbetrag von jeweils 7,50 oder 75,00
<b>III. SONSTIGE VERWALTUNGSGEBÜHREN</b>		
3.1	Schriftliche Auskunft mit einem Ermittlungsaufwand von mehr als einer Stunde pro angefangene halbe Stunde, Erstellen von Gutachten	35,00 pro angefangene halbe Stunde (maximal 140,00)
3.2	Sonderarbeiten (zum Beispiel Vergrößerungen, Ausschnitte, Auflösungsveränderung, Formatwechsel, Moduswechsel) pro angefangene halbe Stunde	100,00
3.3	Schriftliche Auskunft aus der Einwohnermeldekartei pro Person	Die Höhe der Gebühr richtet sich nach Tarifstelle 3051 der Verwaltungsgebührenordnung vom 24. November 2009 (GVBl. S. 707, 894), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 2. Juli 2019 (GVBl. S. 454) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung
3.4	Beglaubigungen	6,00
<b>IV. AUSLAGEN</b>		
4.1	Reproduktion von Archivgut pro Kopie	
4.1.1	<u>Ausgabe analog im DIN-Format</u>	
4.1.1.1	DIN A4 bei Ausdrucken vom Microfiche oder Rollfilm	0,25
4.1.1.2	DIN A3 bei Ausdrucken vom Microfiche oder Rollfilm	0,50
4.1.1.3	DIN A4	0,50

Tarif- stelle	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag in Euro
4.1.1.4	DIN A3	1,00
4.1.1.5	DIN A2	2,50
4.1.1.6	DIN A1	4,00
4.1.1.7	lose Vorlagen bis 95 cm Breite (pro cm Ausgabelänge)	0,05
4.1.2	<u>Ausgabe auf digitalem Medium pro Stück</u>	
4.1.2.1	Reproduktion vom Microfiche oder Rollfilm	0,25
4.1.2.2	Reproduktion im Agenturstandard (Abbildung $\leq$ Din A4, Auflösung $\leq$ 300 dpi, RGB-Modus, JPG-Komprimierung)	5,00
4.1.2.3	Reproduktion im Kartenstandard (Abbildung $\geq$ Din A4, Auflösung $\geq$ 300 dpi, TIFF unkomprimiert)	10,00
4.1.2.4	Reproduktion von Filmen pro Sekunde	2,00
4.1.2.5	Reproduktion von Tonarchivgut pro Sekunde	2,00
4.1.2.6	Kosten Datenträger pro Stück	5,00
4.2	Portokosten	nach geltenden Tarifen
4.3	Verpackung	nach Aufwand

**Verordnung**  
**über die angemessene Verzinsung des betriebsnotwendigen**  
**Kapitals der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) und der**  
**Berliner Wasserbetriebe (BWB) für das Jahr 2020**

Vom 19. November 2019

Auf Grund des § 16 Absatz 5 und 8 des Berliner Betriebe-Gesetzes vom 14. Juli 2006 (GVBl. S. 827), das zuletzt durch Gesetz vom 8. Mai 2018 (GVBl. S. 380) geändert worden ist, verordnet der Senat:

§ 1

Zinssatz

Das betriebsnotwendige Kapital der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) und der Berliner Wasserbetriebe (BWB) ist, soweit verzinsbar, für das Jahr 2020 jeweils mit 4,7 vom Hundert zu verzinsen.

§ 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 19. November 2019

Der Senat von Berlin

Michael M ü l l e r  
Regierender Bürgermeister

Ramona P o p  
Senatorin für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe



**Bekanntmachung**  
**über die Anpassung von Leistungen an Abgeordnete**  
**nach dem Landesabgeordnetengesetz**

Gemäß § 6 Absatz 3 Satz 4 sowie § 7 Absatz 5 Satz 3 des Landesabgeordnetengesetzes (LAbgG) in der Fassung vom 9. Oktober 2019 (GVBl. S. 674) wird Folgendes bekannt gegeben:

- Ab dem 1. Januar 2020 beträgt die gemäß § 7 Absatz 5 LAbgG sowie § 39a Absatz 3 Satz 2 LAbgG ermittelte Höhe der Kostenpauschale nach § 7 Absatz 2 LAbgG monatlich 2.672 Euro.
- Ab dem 1. Januar 2020 beträgt die gemäß § 7 Absatz 5 LAbgG sowie § 39a Absatz 3 Satz 2 LAbgG ermittelte Höhe der Kostenpauschale nach § 7 Absatz 3 LAbgG monatlich 4.458 Euro.

Durch die obige Neufassung des Landesabgeordnetengesetzes wird die Entschädigung nach § 6 Absatz 1 LAbgG ab dem 1. Januar 2020 auf monatlich 6.250 Euro festgesetzt.

Berlin, den 21. November 2019

Der Präsident  
des Abgeordnetenhauses von Berlin  
Ralf W i e l a n d

### **Bekanntmachung**

#### **über das Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Hochschulzulassung vom 21./27. März 2019 und vom 4. April 2019**

Nach Artikel 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Umsetzung des Staatsvertrages über die Hochschulzulassung vom 9. Oktober 2019 (GVBl. S. 695) wird bekannt gegeben, dass der Staatsvertrag vom 21./27. März 2019 und 4. April 2019 nach seinem Artikel 19 Absatz 1 Satz 1 am 1. Dezember 2019 in Kraft tritt.

Berlin, den 26. November 2019

Der Regierende Bürgermeister von Berlin  
Michael Müller



**Herausgeber:**

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung,  
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

**Redaktion:**

Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin  
Telefon: 030/9013 3380, Telefax: 030/9013 2000  
E-Mail: gvbl@senjustva.berlin.de  
Internet: www.berlin.de/sen/justva

**Verlag und Vertrieb:**

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln  
Telefon: 0221/94373-7000, Telefax 0221/94373-72015  
Kundenservice: Telefon 0263 1/801-2222, E-Mail: info-wkd@wolterskluwer.com  
www.wolterskluwer.com, www.wolterskluwer.de

**Bezugspreis:**

Vierteljährlich 17,40 € inkl. Versand und MwSt. bei sechswöchiger Kündigungsfrist  
zum Quartalsende. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten. Der angewandte  
Steuersatz beträgt 7% für das Printprodukt und 19% für die Online-Komponente.  
Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.  
Preis dieses Heftes 3,20 €

Wolters Kluwer Deutschland GmbH  
Luxemburger Straße 449 • 50939 Köln

Postvertriebsstück • 03227 • Entgelt bezahlt • Deutsche Post AG